

hinterGRÜNde

Grüne Infos aus dem Thüringer Landtag

Ausgabe 03/2021



WIE WEITER? GRÜNE PERSPEKTIVE(N)!



KEIN SCHLUSSTRICH

Strategien gegen Rechts

4

POLITISCHE BILDUNG

Demokratische
Abwehrkräfte stärken

5

IM INTERVIEW

Erik Marquardt zur Situation
in Afghanistan und an den
europäischen Außengrenzen

6/7

Liebe Leserinnen und Leser,



die Bundestagswahl liegt nun schon einige Monate zurück – eine Neuwahl des Thüringer Landtags fand bekanntlich nicht statt. Auch wenn wir uns als Bündnisgrüne mehr erhofft hatten, so sind wir doch froh, dass sich eine deutlich verstärkte grüne Fraktion mit nunmehr 118 Abgeordneten derzeit in Koalitions-

gesprächen für Klimaschutz und Gerechtigkeit auf Bundesebene stark macht. Wir hoffen, dass Dank grüner Regierungsbeteiligung die Bekämpfung der Klimakrise und die sozialen Ungerechtigkeiten in unserem Land endlich konsequent angegangen werden und der Koalitionsvertrag eine deutlich erkennbare grüne Handschrift tragen wird.

Für uns in Thüringen bereitete das Ergebnis der Bundestagswahl jedoch auch Grund zur Sorge. Die Zugewinne, die die AfD aufgrund der fehlenden Abgrenzung demokratischer Parteien nach Rechtsaußen verzeichnen konnte, aber auch die Ergebnisse des alljährlichen Thüringen-Monitors beschäftigen uns als bündnisgrüne Landtagsfraktion bereits seit langem. Zudem mussten wir, auch in Thüringen, in den letzten Monaten eine Zunahme an rassistischen, antisemitischen und verschwörungsideologischen Denkweisen und Angriffen konstatieren. Auf unserer Fraktionsklausur am 29. und 30. September beschlossen wir als Fraktion deshalb einstimmig unser Maßnahmenpapier für eine Gesamtstrategie gegen Rechts-

extremismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Dieses soll ein erster Schritt sein, um die Debatte wieder ins gesellschaftliche Bewusstsein zu rücken, aber eben auch konkret an den Problemen zu arbeiten. Wir sind überzeugt, dass es hierfür eine Landesstrategie braucht, die ressortübergreifend gedacht und mit Leben gefüllt werden muss.

Was uns neben der andauernden Pandemie derzeit außerdem maßgeblich beschäftigt, ist der Haushalt 2022. Dieser Haushalt stellt die bisher größte Herausforderung für uns dar. Und das nicht nur aufgrund der komplizierten Mehrheitsverhältnisse im Thüringer Landtag, sondern auch, weil es trotz beachtlichem Haushaltsvolumen nur wenig Spielräume für zusätzliche Projekte und Investitionen gibt. Gerade angesichts von Pandemie, Klimakrise und Bildungsnotständen meinen wir, dass es richtiger ist zu investieren, statt um jeden Preis zu sparen. Unsere grünen Schwerpunkte liegen hier auf Bildung, Klimaschutz und Demokratieförderung.

In dieser letzten Ausgabe für 2021 könnt ihr u.a. einiges zur Situation in Afghanistan, zu den Debatten rund um den Haushalt, über unsere vorgeschlagenen Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, über die Wichtigkeit der Demokratiebildung, aber auch über kleinere grüne Projekte wie das Drug-Checking oder unseren Einsatz für den zweigleisigen Ausbau der Mitte-Deutschland-Verbindung nachlesen.

Viel Spaß dabei!

**Ihre Astrid Rothe-Beinlich
Fraktionsvorsitzende**



Inhalt

Editorial	2
How to Haushalt	3
Kein Schlusstrich – Strategien gegen Rechts	4
Mit politischer Bildung die demokratischen Abwehrkräfte stärken	5

Im Interview mit Erik Marquardt	6/7
Endlich! Drug-Checking in Thüringen	8
Tierheime stärken!	8
Häusliche Gewalt konsequent bekämpfen!	9
Jetzt den zweigleisigen Ausbau der Mitte-Deutschland-Verbindung sichern	9
Fünf Tipps für ein nachhaltiges Weihnachten	10
Unsere Weihnachtsgrüße	11

HOW TO HAUSHALT



Wie entsteht eigentlich der Landeshaushalt von Thüringen und was ist der Landeshaushalt überhaupt?

Der Landeshaushalt bezeichnet die Einnahmen und Ausgaben, die der Freistaat Thüringen im kommenden Jahr plant. Die Einnahmen sind Steuern, Gebühren, Bußgelder etc. Die Ausgaben bestehen aus der Finanzierung der Landesbeamt*innen (Lehrer*innen, Polizist*innen etc.), Finanzmitteln für die Kommunen (Kommunaler Finanzausgleich), Förderprogrammen (z.B. Wirtschaftsförderung, Kulturförderung) und der Unterstützung von Vereinen und Initiativen.

Wie groß ist der Landeshaushalt?

Für das Jahr 2022 sind momentan ca. 11,7 Mrd. Euro an Ausgaben in Thüringen vorgesehen. Damit diese Gelder ausgegeben werden können, müssen auch 11,7 Mrd. Euro an Einnahmen vorhanden sein.

Woher weiß man, wie hoch die Einnahmen sein werden?

Die Einnahmen werden zweimal jährlich (Mai und November) in einer Steuerschätzung prognostiziert. Reichen die Gelder nicht aus, um die geplanten Ausgaben zu decken, müssen entweder die Ausgaben reduziert werden oder es wird ein Kredit aufgenommen. Für diesen gibt es allerdings strenge Auflagen.

Wie läuft das Verfahren ab, bis der Landeshaushalt endgültig feststeht?

Zunächst stellt die Landesregierung einen Haushaltsentwurf auf. Dieser Entwurf wird dann dem Landtag übergeben. Der Landtag kann selbst keinen Entwurf aufstellen, aber den Entwurf der Landesregierung komplett verändern. Die Bedingungen dafür sind, dass alle Gesetze eingehalten werden (z.B. dass gesetzliche Leistungen auch in der richtigen Höhe finanziert werden) und der Haushalt zum Schluss ausgeglichen ist (Einnahmen gleich Ausgaben). Am Ende findet eine Schlussabstimmung im Landtag statt und wenn eine Mehrheit der Abgeordneten für den veränderten Haushalt stimmt, wird er wirksam.

Wie lange braucht der Landtag, bis der Haushalt feststeht?

Die Verhandlungen im Landtag dauern ca. 4 bis 6 Monate an. Es gibt zunächst Beratungen, in denen die Landesregierung erklärt, warum und wofür sie welche Ausgaben vorsieht. Gleichzeitig werden die kommunalen Spitzenverbände um eine schriftliche und mündliche Stellungnahme gebeten. Danach beginnen die Fraktionen des Landtags damit, Änderungsanträge zum Haushalt einzubringen. Einige dieser Anträge werden nochmals von den kommunalen Spitzenverbänden begutachtet. Diese Vorgehensweise kann sich bis zu dreimal wiederholen. Parallel diskutieren die Fraktionen, mal öffentlich und mal nicht-öffentlich, untereinander ihre geplanten Änderungen. Sind die Diskussionen beendet, werden die Anträge einzeln im Haushalts- und Finanzausschuss abgestimmt. Die große Schlussabstimmung mit vorheriger ausführlicher Debatte findet dann im Plenarsaal des Landtags und mit allen Abgeordneten statt.

Was ist der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in diesem Haushalt wichtig?

Wir konzentrieren uns auf die Bereiche Bildung, Klimaschutz und Demokratieförderung. Für diese Bereiche haben wir innerhalb unserer Fraktion bereits Ideen gesammelt, welche wir im Haushaltsverfahren zum richtigen Zeitpunkt in die Debatte mit den anderen Fraktionen einbringen werden und die wir finanziell stärken wollen.



KEIN SCHLUSSTRICH! STRATEGIEN **NEGEN** RECHTS

Auch zehn Jahre nach der Selbstenttarnung des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU), der intensiven Aufarbeitung der Taten des



NSU in zahlreichen Untersuchungsausschüssen im Bund und in den Ländern und einer stärkeren Sensibilisierung der Gesellschaft für rechten Terror müssen wir eine weitere Zunahme rassistischer, antisemitischer und verschwörungs-ideologischer Denkweisen feststellen.

Den Taten des NSU folgten Anschläge in München (OEZ), Halle und Hanau sowie der Mord an Walter Lübcke. Diese Anschläge haben gezeigt, dass rassistische und antisemitische Hetze in furchtbare Gewalttaten umschlagen können. Zahlreiche Enthüllungen in den letzten Jahren haben zudem immer mehr rechte Netzwerke in Sicherheitsbehörden aufgedeckt.

In diesem Jahr jährt sich die Selbstenttarnung des NSU zum 10. Mal. In Thüringen gab es zwei NSU-Untersuchungsausschüsse und die Enquete-Kommission Rassismus. Daraus resultierten zahlreiche politische Forderungen. Leider ist auch nach 10 Jahren festzustellen, dass die Aufklärung des

NSU-Komplexes noch lange nicht abgeschlossen ist. Um die Lehren aus den NSU-Untersuchungsausschüssen und unseren Erfahrungen mit der Debatte zu rassistischer und antisemitischer Gewalt zu ziehen, haben wir ein Papier auf den Weg gebracht, welches erneut konkrete Forderungen formuliert. Wir fordern unter anderem die weitere konsequente Aufklärung des Umfeldes des NSU, zum Beispiel im Hinblick auf die Unterstützer*innennetzwerke. Außerdem ist uns die Einrichtung eines Opferfonds für die Betroffenen und Opfer rechter und rassistischer Gewalt ein Anliegen, wie auch die Einrichtung eines Archivs „rechter Terror“ nach dem Vorbild der Stasi-Unterlagen-Behörde, in dem die Dokumente und Ergebnisse der 13 parlamentarischen Untersuchungsausschüsse zum NSU ausgewertet

werden und Unterlagen dazu langfristig Wissenschaftler*innen, Journalist*innen und der Zivilgesellschaft zugänglich gemacht werden.

Unsere Forderungen nach 10 Jahren NSU:



Gleichzeitig nehmen auch hier in Thüringen rassistische und rechtsextreme Angriffe deutlich zu. Dies veranlasste uns dazu, eine erneute intensive Auseinandersetzung mit dem bestehenden Problem des Rechtsextremismus in Thüringen aufzunehmen. Maßnahmen aus der Enquete-Kommission Rassismus wurden bisher kaum bis gar nicht umgesetzt. Es fehlt momentan an einer Gesamtstrategie, wie wir mit den Problemen von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus umgehen wollen. Da wir nun aufgrund der nicht stattgefundenen Landtagswahl noch weitere drei Jahre gemeinsam regieren, wollen wir diese Gesamtstrategie zum Schwerpunkt unserer Landespolitik machen.

Nach konstruktiven Gesprächen mit der Zivilgesellschaft entstand unser Maßnahmenpapier für eine Gesamtstrategie gegen Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, das auf unserer Fraktionsklausur am 29. und 30. September einstimmig beschlossen wurde und ein erster Schritt sein soll, um die Debatte wieder in die demokratischen Fraktionen zu bringen und konkret an den Problemen zu arbeiten.

Hier geht es zu unserem Maßnahmenpapier:



MIT POLITISCHER BILDUNG DIE DEMOKRATISCHEN ABWEHRKRÄFTE STÄRKEN



Die Wahlergebnisse der Bundestagswahl sowie die alljährlichen Ergebnisse des Thüringen-Monitors legen verfestigte rechts-extreme und rechtspopulistische Einstellungen in der Bevölkerung offen. Die sich häufenden Vorfälle rassistischer und antisemitischer Gewalt, aber

auch die zugespitzten gesellschaftlichen Konfliktlager rund um die Corona-Pandemie sowie das Grassieren von Fake-News zeigen uns eines: die dringende Notwendigkeit von politischer Bildung im Sinne von Demokratiebildung – und zwar in allen Altersbereichen.

Gerade in den ländlichen Räumen müssen wir aufgrund wirtschaftlicher und kultureller Abkopplungsprozesse mehr und mehr gesellschaftliche Verunsicherungen feststellen. Rechtspopulistische, rassistische und antidemokratische Parteien nutzen diese für sich und erhalten besonders in strukturschwachen Gegenden erschreckend hohe Zustimmungswerte.

Der Mechanismus dabei ist schlicht: Zugrundeliegende sozioökonomische Effekte und Ungerechtigkeiten werden gezielt ausgeblendet und die Wut stattdessen auf Personengruppen wie „die Politiker“ oder auf Minderheiten wie zum Beispiel Geflüchtete gelenkt. Der Sozialphilosoph Oskar Negt weist in diesem Kontext darauf hin, dass Demokratie „in ständig erneuerter Kraftanstrengung gelernt werden muss“. Und damit hat er vollkommen Recht. Unsere Demokratie braucht diese ständigen Kraftanstrengungen, um immun gegen Verschwörungsideologien und deren Verfechter*innen zu werden.

Das beginnt mit der Demokratiebildung in unseren Schulen. Hier machen wir uns stark für mehr Mitbestimmung und Teilhabe von Anfang an und für früh einsetzende politische Bildung. Demokratische Prozesse müssen erfahrbar sein und brauchen allerorts Räume, wo diese geübt und

gelernt werden können. Weiterhin ist für uns die Förderung der politischen Erwachsenenbildung zentral. Dazu gehört die Stärkung von Vereinen, die Verbindung von Kultur- und Bildungsangeboten sowie die Errichtung neuer Formate in den Bereichen nachhaltige Entwicklung, Umweltbildung und menschenrechtsorientierte, politische und kulturelle Bildung. Insbesondere ehrenamtlich und demokratiefördernd aktive Menschen wollen wir gezielt unterstützen.

Auch die Landeszentrale für politische Bildung sollte gerade in den ländlichen Räumen deutlich aktiver werden. Potentiale sehen wir insbesondere in der Eröffnung von Außenstandorten in Form von Demokratieläden und in mobilen Angeboten. Unser Ziel ist es, gerade dort mehr Angebote politischer Bildung zu unterbreiten, wo die Herausforderungen für die Demokratie am größten sind. Die Aufgabe der derzeit laufenden Haushaltsverhandlungen besteht darin, zu verhindern, dass an politischer Bildung gespart wird. Das wird nicht leicht. Konnten wir 2021 noch 2,8 Mio. Euro für die Förderung der politischen Erwachsenenbildung zur Verfügung stellen, plant das Bildungsministerium im Entwurf für 2022 nur noch mit 1,5 Mio. Euro. Hier wollen wir deutlich aufstocken. Schließlich öffnet gerade die politische Bildung Türen zur Welt und lädt zum lebenslangen Lernen sowie zum Erleben der Teilhabe als aktive Mitbestimmungsmöglichkeit ein.



WIE WEITER IM BILDUNGSBEREICH NACH CORONA?

Unsere Schlussfolgerungen aus der Corona-Pandemie für unser Bildungswesen könnt ihr in unserem Antrag dazu nachlesen:



Erik Marquardt

ist seit 2019 Mitglied des Europäischen Parlaments für DIE GRÜNEN/EFA und dort in den Ausschüssen „Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres“ und „Entwicklung“ vertreten. Seine politischen Schwerpunktthemen: Flucht, Migration und Menschenrechte. Als Fotojournalist berichtete er aus Afghanistan, von der Balkanroute, aus Lesbos und von der Seenotrettung auf dem Mittelmeer. Mit uns sprach er über die derzeitige Situation in Afghanistan und an den europäischen Außengrenzen.



Fotos: Erik Marquardt

SICHERE FLUCHT WEGE SCHAFFEN

Lieber Erik, erstmal vielen Dank, dass du dir die Zeit für ein Interview mit uns nimmst. Wie ist die Situation momentan in Afghanistan?

Erik: Die UN schätzt, dass 93 Prozent der Menschen nicht ausreichend Nahrungsmittel zur Verfügung haben. Die Wirtschaft wird in diesem Jahr laut Internationalem Währungsfonds um bis zu 30 Prozent schrumpfen. Strom und Wasser sind Mangelware. Die Lage war schon vorher schlecht. Davon konnte ich mich auch selbst überzeugen, als ich 2016 und 2017 als Fotograf in Afghanistan war. Aber seit der Machtübernahme der Taliban ist es noch einmal viel schlimmer geworden.

Die Taliban gehen gegen Opposition, freie Medien, Minderheiten und insbesondere Frauen vor und greifen ihre Rechte massiv an. Auch die ehemaligen Ortskräfte, die von Deutschland und anderen Ländern im Stich gelassen wurden, werden von den Taliban verfolgt. Mehrere Menschen, die auf unseren Listen standen, wurden bereits von den Taliban ermordet.

Wie viele Menschen konntet ihr mit der Kabul-Luftbrücke retten?

Erik: Nach dem Abzug der Bundeswehr konnten wir hunderten Menschen helfen. Wir planen noch weitere Evakuierungen. Damit konnten wir als kleine zivilgesellschaftliche Initiative beweisen, dass es eben doch möglich gewesen wäre, sehr viel mehr Menschen aus Afghanistan zu retten. Wenn wir das als kleiner Verein hinbekommen, was hätten dann erst das Auswärtige Amt und das Bundesinnenministerium mit ihren vielen Ressourcen erreichen können?

Warum macht das dann nicht die Regierung?

Erik: Die Frage stellen wir uns auch. Leider mussten wir bei der Kabul-Luftbrücke die Erfahrung machen, dass die schnelle Evakuierung von gefährdeten Menschen von der

Bundesregierung offenbar nicht gewünscht ist. Es gibt einige engagierte Stellen, zum Beispiel die deutsche Botschaft in Pakistan, aber insgesamt ist keine gemeinschaftliche Kraftanstrengung der Bundesregierung gewünscht.

Wir haben fast täglich mitbekommen, wie langsam die Prozesse laufen und wie mühsam es für die Menschen in Not ist. Selbst die Personen, die eine Aufnahmezusage oder Familie in Deutschland haben und eigentlich vor vielen Monaten evakuiert werden sollten, werden ewig hingehalten. Deshalb sind zum Beispiel viele nun unter Taliban-Herrschaft geraten, obwohl sie das Recht auf eine Familienzusammenführung in Deutschland haben.

Inzwischen landen auch immer absurdere Fälle in unseren Postfächern: So bekam ein 10-jähriger alleinreisender Junge in Herat eine Nachricht, dass er nun nach Deutschland evakuiert werden könnte. Er müsse nur zur Botschaft ins Nachbarland Pakistan gehen. Dass die Grenzen geschlossen sind und man dort nicht hinkommt, sagte ihm niemand.

Erst kürzlich wurden die brutalen Pushbacks kroatischer Polizist*innen öffentlich, die Geflüchtete zurück nach Bosnien treiben. Wie kann so etwas an den Außengrenzen Europas passieren?

Erik: Wir wissen seit Jahren von diesen Pushbacks. Ich habe die Außengrenze zwischen Kroatien und Bosnien



mehrfach besucht und wenn man sich da in Grenznähe aufhält, hat man gute Chancen, auf Menschen zu treffen, die gerade misshandelt und gepushbackt wurden. Menschenrechts-NGOs dokumentieren seit Jahren Fälle von massiver Gewalt. Doch die kroatische Regierung leugnet noch immer, dass diese Pushbacks systematisch passieren.

Dank eines breiten europäischen Journalist*innennetzwerks haben wir jetzt Videomaterial, dass diese Pushbacks belegt. Auf einem Video ist zu sehen, wie kroatische Polizist*innen mehrere Menschen in einer Reihe aufstellen, sie losrennen lassen und dann mit Schlagstöcken auf sie einprügeln. Die Antwort der EU-Kommission darauf ist ein sogenannter Überwachungsmechanismus, der aber von der kroatischen Regierung organisiert wird, die kein Interesse an Aufklärung hat.

Wusste die deutsche Bundesregierung davon?

Erik: Ich habe Horst Seehofer bereits im Januar 2020 einen längeren Brief geschrieben, in dem ich die Beweise für die Pushbacks zusammenfasste – trotzdem hat Herr Seehofer diese Praxis nie kritisiert. Deutschland unterstützte die Menschenrechtsverletzungen aber auch ganz konkret und rüstete die kroatische Grenzpolizei mit Wärmebildgeräten und Fahrzeugen im Wert von 1,2 Millionen Euro aus.

Ebenfalls wieder in Vergessenheit geraten: das Lager in Moria. Wie ist die Situation der Geflüchteten in Griechenland und insbesondere auf den griechischen Inseln?

Erik: Seit dem Brand im letzten Jahr leben sie in einer elenden Zeltstadt, ungeschützt vor Wind und Regen. Es mangelt an allem. Viele Schutzsuchende wurden mittlerweile auf das Festland gebracht, dort landen sie häufig in Obdachlosigkeit, da sie keine Unterstützungsleistungen von der griechischen Regierung bekommen. Der Rest wird nach und nach in neue, geschlossene Lager gebracht. Dort gibt es Zugangsbeschränkungen mit Fingerabdruckkontrolle, Kameraüberwachung und meterhohe Mauern mit Stacheldraht, kurzum: moderne Gefängnisse. Momentan kommen sehr wenige Menschen auf den Inseln an, weil die griechische Küstenwache sie systematisch pushbackt und Frontex dabei zuschaut. Alle diese Menschenrechtsverletzungen bleiben nach wie vor ohne Konsequenzen.

Du bist im EU-Parlament vertreten. Was konntest du mit deiner Arbeit dort bewirken?

Erik: Auf unseren Druck entstand eine Frontex-Untersuchungsgruppe, welche die Vorwürfe zu den Menschenrechtsverletzungen durch die EU-eigene Agentur untersuchte und aus der hervorgeht, dass es systematische Probleme bei Frontex gibt und die Agentur bei Menschenrechtsverletzungen gerne mal ein Auge zudrückt. Unter meiner Federführung hat das Europäische Parlament für den Initiativbericht zur Umsetzung der Asylverfahrensrichtlinie einen guten und fraktionsübergreifenden Kompromiss gefunden. Der Bericht fordert die Gewährleistung von Grund- und Menschenrechten der Schutzsuchenden in Grenzverfahren und eine unabhängige Beratung, um die Einhaltung der Rechte sicherzustellen. Als stellvertretender Vorsitzender des Entwicklungsausschusses habe ich auch viel am sogenannten NDICI mitgearbeitet. Darüber wird wenig berichtet, aber es geht da immerhin um knapp 80 Milliarden Euro und wir konnten erreichen, dass die Gelder tatsächlichen Entwicklungszielen wie der Armutsbekämpfung dienen und nicht an Maßnahmen zur Migrationsbekämpfung gekoppelt werden.

Was muss sich in deinen Augen unbedingt verbessern?

Erik: Das Europäische Parlament muss mehr Kompetenzen bekommen. Es kann doch nicht sein, dass die demokratisch gewählten Abgeordneten des Parlaments in der Lage sind, sich auf einige Eckpunkte in Bereichen wie der Flüchtlingspolitik zu einigen, aber dann wieder alles scheitert, weil im Europäischen Rat einzelne Staaten mit rechten Regierungen wie Polen oder Ungarn wieder einmal alles blockieren. Außerdem muss die neue Bundesregierung endlich hinschauen und Druck machen, wenn EU-Staaten systematisch Menschen an Grenzen misshandeln und entrechten. Die alte Regierung hat diese unwürdige Politik weitgehend gedeckt.

Vielen Dank für das Interview und dein Engagement!

ENDLICH! DRUG-CHECKING IN THÜRINGEN



In Thüringen ist das Drug-Checking-Pilotprojekt „SubCheck“ der Suchthilfe in Thüringen (SiT) erfolgreich angelaufen. Damit sind wir in Thüringen den anderen deutschen Bundesländern in Sachen Drug-Checking ein ganzes Stück voraus. Seit Sommer 2021 gibt es die Drug-Checking-Einsätze

im Szeneleben. Die ersten Erfahrungen sind sehr gut, das Interesse innerhalb der Zielgruppe ist groß. Denn allein im vergangenen Jahr sind in Deutschland über 150 Menschen nach dem Konsum von Amphetaminen, Methamphetaminen oder Substanzen wie MDA, MDE oder MDMA gestorben.

Gegen Drogenotfälle und -todesfälle hilft: Wissen, was und wie viel drin ist in den Pillen, Pulvern oder Kristallen. Im Thüringer Projekt ist die chemische Analyse der psychoaktiven Substanzen mit einem niedrigschwelligen Beratungskonzept gekoppelt. So können die Nutzer*innen verantwortungsvolle und gesundheitsbewusste Entscheidungen treffen.

Ist diese Methode in vielen anderen europäischen Ländern längst Usus, scheiterte sie in Deutschland immer wieder an rechtlichen Hürden. Mit dem Thürin-

ger Konzept gehört das der Vergangenheit an und so ist Drug-Checking hoffentlich bald auch in anderen Bundesländern möglich. Unsere Fraktion hat sich im Landtag seit 2015 vehement für die Einführung des Drug-Checkings in Thüringen eingesetzt und immer wieder die Bereitstellung entsprechender Gelder im Haushalt des Gesundheitsministeriums gefordert und verteidigt.

Vielen Dank an die „Drogerie“ mit dem Safer-Nightlife-Projekt der SiT und dem Kooperationspartner „miraculix“, die dieses Projekt zur Umsetzung gebracht haben.



TIERHEIME STÄRKEN

Tiere fühlen wie wir Freude und Zufriedenheit, aber auch Angst und Leid. Wir haben die Pflicht, gut mit ihnen umzugehen, sie gut zu behandeln und für sie zu sorgen. Haustiere sind für viele Menschen wichtige Gefährten und Familienmitglieder. Dennoch werden in Deutschland ca. 220.000 Hunde und Katzen pro Jahr von Tierheimen aufgenommen. Viele sind Fundtiere, viele ausgesetzt, manche können aus verschiedenen Gründen nicht mehr bei ihren Halter*innen bleiben. Ohne die Versorgung in den Tierheimen hätten viele keine Überlebenschance. In Zukunft ist zu befürchten, dass mit dem Abklingen der Corona-Pandemie und der damit einhergehenden größeren Mobilität der Menschen mehr Haustiere in Tierheimen ankommen. Deshalb unterstützt unsere Landtagsfraktion seit Jahren die Arbeit in den Tierheimen und setzt sich für Haushaltsmittel ein.



Tierheime müssen finanziell gut ausgestattet sein, damit diese wichtige Arbeit geleistet werden kann. Unsere Forderung ist und bleibt weiterhin: Die Arbeit in den Thüringer Tierheimen muss wertgeschätzt und entsprechend gut finanziert werden!

HÄUSLICHE GEWALT KONSEQUENT BEKÄMPFEN!



Häusliche Gewalt ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Statistisch ist das eigene Zuhause im Vergleich zum viel diskutierten Nachhauseweg der wesentlich gefährlichere Ort. Häusliche Gewalt ist in erster Linie ein strukturelles Problem, welches sich durch patriarchal geprägte gesellschaftliche

Rollensbilder und soziokulturelle Hintergründe meist gegen Frauen und Mädchen richtet. Aber auch queere Personen können, ebenso wie cis Männer, von häuslicher Gewalt betroffen sein. Und diese Gewalt ist vielschichtig: Dabei geht es um körperliche Gewalt, aber auch um psychische, ökonomische sowie sexualisierte Gewaltformen und Stalking. Nicht zuletzt gehören zudem die Auswirkungen auf betroffene Kinder in den Betrachtungskontext, denn auch sie erleben psychische und/oder

körperliche Gewalt und sind indirekt Gewalt in Eltern- bzw. Partnerschaften ausgesetzt. Oft bleiben von diesen Gewalterfahrungen sowohl akute als auch chronische Gesundheitsschäden zurück.

Als bündnisgrüne Landtagsfraktion haben wir uns im vergangenen Jahr dieser Themen in verschiedenen Veranstaltungen angenommen. Wir fordern eine intensive öffentliche Debatte zur Entwicklung einer ressortübergreifenden Gesamtstrategie zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt und werden dieses Ziel weiterverfolgen.

In unserem Maßnahmenpapier sind die Forderungen, die aus den Diskussionen unserer Veranstaltungen entstanden sind, zusammengefasst:



JETZT DEN ZWEIFLEISIGEN AUSBAU DER MITTE-DEUTSCHLAND-VERBINDUNG SICHERN

Es ist vertrackt – endlich wird die Mitte-Deutschland-Verbindung zwischen Weimar und der Landesgrenze nach Sachsen bis Ende 2028 elektrifiziert. Und trotzdem können wir uns darüber nicht so richtig freuen. Denn es fehlt noch immer ein entscheidender Baustein für eine qualitativ hochwertige Verbindung auf der wichtigsten Bahnstrecke Thüringens: die durchgängige Zweifleisigkeit.

Eigentlich ist für den Schienenbau der Bund zuständig. Doch dieser verweigert eine Finanzierungszusage, da nach seinen (veralteten) Kriterien ein durchgängiger zweifleisiger Ausbau nicht wirtschaftlich sei. Nach Kostenschätzungen der Deutschen Bahn kostet der Ausbau der restlichen 12 km rund 130 Mio. Euro – zu viel für das Thüringer Verkehrsministerium, das sich nicht in der Lage sieht, diese Kosten zu tragen.

Als grüne Landtagsfraktion akzeptieren wir nicht, die Hände so schnell in den Schoß zu legen. Wir haben stattdessen in den letzten Monaten alles uns Machbare angestoßen, um eine Lösung für das Finanzierungsproblem zu finden.

Denn ohne den zweifleisigen Ausbau bliebe die Leistungsfähigkeit der Strecke auf Jahr(zehnt)en verbaut.

Im Plenum haben alle demokratischen Fraktionen im Oktober einen Antrag verabschiedet, mit dem die Landesregierung aufgefordert wurde, weiter mit Vehemenz beim Bund für eine Finanzierung zu werben. Am selben Tag hatte die neue Verkehrsministerin Susanna Karawanskij – auch auf unseren Druck hin – erklärt, dass das Land 4,5 Mio. Euro für die weitere Planung des Projektes bereitstellen und damit in Vorleistung gehen wird. Diese Entscheidung der Landesregierung begrüßen wir ausdrücklich. Es ist ein wichtiger Schritt, um die Weichen unmissverständlich in Richtung zweifleisigen Ausbau zu stellen.





5 TIPPS FÜR EIN NACHHALTIGES WEIHNACHTEN:

Tipp 1

ZEIT SCHENKEN STATT MATERIAL

Gemeinsame Zeit ist wertvoller als jedes Geschenk! Wie wär's mit einem gemeinsamen Konzert- oder Kinobesuch, einem Picknick oder einem Ausflug in eine andere Stadt? Die Möglichkeiten sind unbegrenzt und die Erinnerungen unbezahlbar.



TISCHLEIN DECK DICH ...

... vielleicht in diesem Jahr mit heimischen Produkten, wie Karpfen, Bratäpfeln und Winzersekt. Saisonale und regionale Produkte verzeichnen, durch kurze Transportwege, einen geringeren CO₂-Ausstoß. Regional ist erste Wahl! Guten Appetit!

Tipp 2

IN DER WEIHNACHTS-BÄCKEREI ...

... Restwärme nutzen: Bei einer Backzeit von über 40 Minuten kann der Ofen 10 Minuten vor Ende der angegebenen Backzeit ausgeschaltet werden. Die Nachwärme erledigt den Rest. Viel Spaß beim Backen!



Tipp 3

MIT NATUR GESCHMÜCKT!

Adventskranz oder Tannenbaum können auch mit ganz natürlichen Dingen dekoriert werden, zum Beispiel Sternen aus Stroh, Figuren aus Bienenwachs, Nüssen oder getrockneten Apfelscheiben. Die Möglichkeiten sind vielfältig!



STROM SPAREN – AUCH AN WEIHNACHTEN!

Eine LED-Weihnachtskette verbraucht bis zu 7x weniger Strom als herkömmliche Beleuchtungen. So kann auch mit festlicher Beleuchtung am Weihnachtsbaum Strom gespart werden.

Tipp 5

Tipp 4



Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wünscht allen eine besinnliche und erholsame Weihnachtszeit sowie einen guten Jahreswechsel mit viel Energie für das neue Jahr.

Für uns gibt es viel zu tun: Wir setzen uns weiterhin für gute Bildung für alle von Anfang an, Klimaschutz auf allen Ebenen und die demokratischen Werte unserer Gesellschaft ein!

DIE ABGEORDNETEN DER FRAKTION



Astrid Rothe-Beinlich

Fraktionsvorsitzende

Sprecherin für Bildung, Jugend und Sport, Asyl, Migration und Integration, Justiz sowie für Aufarbeitung und Religion

Telefon: 0361 / 37-72663

E-Mail: astrid@rothe-beinlich.de



Babette Pfefferlein

Stellvertretende Parlamentarische Geschäftsführerin

Sprecherin für Soziales, Arbeit, Gesundheit, Drogenpolitik, Familie, Senioren, Menschen mit Behinderungen, Infrastruktur, Ländlicher Raum, Landwirtschaft, Forsten, Tier- und Verbraucherschutz

Telefon: 0361 / 37-72681

E-Mail: babett.pfefferlein@gruene-thl.de



Madeleine Henfling

Parlamentarische Geschäftsführerin

Vizepräsidentin des Thüringer Landtags

Sprecherin für Innenpolitik und Kommunales, Demokratie und Antifaschismus, Europa und Kultur, Medien, Netzpolitik und Datenschutz

Telefon: 0361 / 37-72675

E-Mail: madeleine.henfling@gruene-thl.de



Laura Wahl

Sprecherin für Verkehr, Umwelt, Energie, Naturschutz, Frauen-, Gleichstellungs- und Queerpolitik sowie den Verfassungsausschuss

Telefon: 0361 / 37-72672

E-Mail: laura.wahl@gruene-thl.de



Olaf Müller

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Sprecher für Haushalt und Finanzen, Wirtschaft und Wissenschaft, Tourismus, Petitionen

Telefon: 0361 / 37-72674

E-Mail: olaf.mueller@gruene-thl.de

Impressum hinterGRÜNde

Vi.S.d.P.: Anika Schidda

Fraktionszeitung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landtagsfraktion Thüringen

Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt

Telefon: 0361/37-72670

E-Mail: info@gruene-thl.de

Druckunterlagenschluss: November 2021 | Layout/Satz: www.kleinearche.de

Fotos: Landtagsfraktion, Erik Marquardt, Shutterstock, Pixabay

DIE MITARBEITER*INNEN DER FRAKTION

Geschäftsstelle



Julia Ströbel

Fraktionsgeschäftsführerin

Telefon: 0361/37-72669

E-Mail: julia.stroebel@gruene-thl.de



Ines Birkmann

Referentin der Fraktion

Telefon: 0361/37-72670

E-Mail: ines.birkmann@gruene-thl.de



Beate Blumenstein

Referentin des Fraktionsvorstands

Telefon: 0361/37-72660

E-Mail: buerofravosi@gruene-thl.de

Pressestelle



Anika Schidda

Pressesprecherin

Telefon: 0361 / 37-72666

E-Mail: anika.schidda@gruene-thl.de



Marcus Neumann

*Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
Onlinekommunikation*

Telefon: 0361 / 37-72690

E-Mail: marcus.neumann@gruene-thl.de



Christian Herrmann

Referent für Veranstaltungsmanagement

Telefon: 0361/37-72654

E-Mail: christian.herrmann@gruene-thl.de

Parlamentarische Beratung



Edoardo D'Alfonso Masarié

Referent für den Verfassungsausschuss

Telefon: 0361/37-72667

E-Mail: Edoardo.DAlfonsoMasarie@gruene-thl.de



Angelina Ehlert

Referentin für den Untersuchungsausschuss 7/1 „Mafia“

Telefon: 0157 51 76 01 56

E-Mail: Angelina.Ehlert@gruene-thl.de



Christian Foß

*Referent für Kultur, Medien, Wissenschaft,
Digitale Gesellschaft und Datenschutz*

Telefon: 0361/37-72689

E-Mail: christian.foss@gruene-thl.de



Tino Gaßmann

Referent für Bildung, Jugend, Asyl- und Migrationspolitik

Telefon: 0361/37-72683

E-Mail: tino.gassmann@gruene-thl.de



Tobias Lange

Referent für Innen- und Kommunalpolitik

Telefon: 0361/37-72680

E-Mail: tobias.lange@gruene-thl.de



Andreas Leps

*Referent für den Untersuchungsausschuss
7/2 „Treuhand in Thüringen“*

Telefon: 0361/3772692

E-Mail: andreas.leps@gruene-thl.de



Ralf Martin

Referent für Energie, Klima, Umwelt, Naturschutz und Sport

Telefon: 0361/37-72679

E-Mail: ralf.martin@gruene-thl.de



Dr. Anna-Lisa Neuenfeld

*Justiziarin, Referentin für Justizpolitik und Grundsatzfragen,
Religion und Aufarbeitung*

Telefon: 0361/37-72673

E-Mail: anna.neuenfeld@gruene-thl.de



Jan Richter

Referent für Finanzen, Haushalt, Wirtschaft und Tourismus

Telefon: 0361/37-72678

E-Mail: jan.richter@gruene-thl.de



Jasper Robeck

*Referent für den Untersuchungsausschuss
7/3 „Politische Gewalt in Thüringen“*

E-Mail: jasper.robeck@gruene-thl.de



Beatrice Sauerbrey

*Referentin der Parlamentarischen Geschäftsführung und Vize-
präsidentin des Thüringer Landtags, Referentin für Europapolitik*

Telefon: 0361/37-72676

E-Mail: beatrice.sauerbrey@gruene-thl.de



Matthias Schlegel

*Referent für Bau, Landesplanung, Verkehr,
Landwirtschaft und Forsten*

Telefon: 0361/37-72691

E-Mail: matthias.schlegel@gruene-thl.de



Gabriele Sondermann

*Referentin für Soziales, Arbeit, Familie, Gesundheit,
Verbraucherschutz, Gleichstellung und Petitionen*

Telefon: 0361/37-72693

E-Mail: gabriele.sondermann@gruene-thl.de

Besuchen Sie uns auch bei Social Media!



www.facebook.com/gruenethl

www.twitter.com/gruenethl

www.instagram.com/gruenethl

www.youtube.com/gruenethl